

# **HERAUSFORDERUNGEN DER ENERGIEWENDE EINE WERTUNG DES PROBLEMS AUS SICHT DER FRAKTION DIE LINKE IM THÜRINGER LANDTAG FRAGEN UND ANWORTEN**

## **1. WAS SIND DIE GENERELLEN HERAUSFORDERUNGEN EINER ENERGIEWENDE UND WIE SIND DIE VON DER BUNDESREGIERUNG VERKÜNDETEN REGELUNGEN ZU WERTEN?**

Klimakatastrophen, Klimawandel, atomare Katastrophen und die hemmungslose Zerstörung von Natur und Umwelt erfordern einen schnellen Wechsel unserer Energiequellen. Die Folgen eines hemmungslosen Raubbaus an Natur und Menschheit und eines am bloßen Gewinn orientierten Systems werden immer deutlicher. Klar ist: so kann es nicht weitergehen. Und nicht erst der GAU in Fukushima im Jahre 2011 hat dies bestätigt.

Energie ist Daseinsvorsorge, die für uns - wie Wasser, Gesundheit und Bildung - ausschließlich als Teil öffentlicher Verantwortung zu begreifen ist. Mit energetischen Fragen entscheiden sich soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Fragen. Die Frage nach einem Energiesystemwechsel muss auch mit der Frage nach mehr Teilhabe an Wirtschaftsentscheidungen hin zu einer sozial gerechteren Gesellschaft einhergehen. Wie dieser Weg gestaltet wird, ist eine Kernfrage von Demokratie und Mitgestaltung in der Gesellschaft, die Nachhaltigkeit und Zukunft in den Blick nehmen muss.

Die Energiewende auf der Basis von 100 % Erneuerbaren Energien muss – soll sie erfolgreich sein – eigentlich zentral von Deutschland organisiert werden. Und haben bislang die Bundesregierungen von CDU/CSU und FDP, als auch die jetzt aktuell neue aus CDU/CSU und SPD ziemlich versagt.

Die jüngst von SPD-Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgestellten Eckpfeiler zum Erneuerbare-Energien-Gesetz stellen erneut ein Einknicken vor den Energiekonzernen dar. Gabriel wurde dabei, wie der SPIEGEL formulierte: zum „Genosse der Bosse“. Es bleibt im wesentlichen beim alten, die Profite sahen die Strommultis ab und die Zeche zahlen wir alle als Verbraucher. Die Regierenden lassen nun nach dem Lohndumping der Agenda 2010 das Stromdumping folgen. Warum werden z.B. die Ausgleichsregelungen nicht nur für die wirklich Bedürftigen in der Industrie und nicht degressiv gestaltet?

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat sich bereits seit langem – intensiver ab dem Jahre 2006 - mit Energiefragen beschäftigt. Es war, ist und bleibt ein Schwerpunktthema. Aus unserer Sicht besteht jetzt die Chance, eine tatsächliche Energierevolution zu schaffen. Energie und Energiesystemwandel sind in aller Munde.

Die Fraktion hat im Jahr 2011 – übrigens als einzige – ein Gesamtkonzept für unser Land vorgelegt und darin zentrale Forderungen erhoben („ENERGIEREVOLUTION STATT GRÜNEM KAPITALISMUS! THÜRINGEN SOZIALÖKOLOGISCH ERNEuern!). Ein Kernstück der damals utopisch erscheinenden Punkte ist bereits Realität geworden: Die Rekommunalisierung des EON-Netzes.

## **2. WAS KÖNNEN WIR VON THÜRINGEN AUS TUN?**

Die Vorteile erneuerbarer Energiequellen sind überwältigend. Sie sind unerschöpflich und mit ihnen besteht die Chance, klimaneutral Energie zu erzeugen. Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind naturgemäß überall auf der Welt vorhanden. Allein das ist ein unschätzbare Vorteil gegenüber großen, weit entfernten Kraftwerken. Energie wird immer vor Ort verbraucht, Energie auch vor Ort zu erzeugen, verkürzt die Transportwege erheblich und verringert globale Abhängigkeiten. Die neuen Energien fordern aber auch ein neues solidarischeres Miteinander der Regionen in Thüringen.

Thüringen unterscheidet sich von allen anderen Bundesländern vor allem dadurch, dass es zu den Ländern mit dem höchsten Stromimport in Deutschland zählt. Es gibt im Land – glücklicherweise – kein Atomkraftwerk, kein Kohlekraftwerk. Dieser vermeintliche Nachteil, das Land importiert Strom, ist ein Vorteil! Denn Thüringen hat riesige, bislang ungenutzte Reserven bei diesen erneuerbaren Energien.

Das Grüne Herz Deutschlands ist daher geradezu prädestiniert, ein Musterland dezentraler Energieerzeugung und -verteilung aus einem Mix regenerativer Energien zu werden. Sonne,

Wind, Biomasse, Geothermie - für alles gibt es gute bis sehr gute Voraussetzungen. Zudem existieren ideale Möglichkeiten der Nutzung von Altem und Neuem, z.B. die künstlich geschaffenen Wasseradern der ehemaligen Hammerwerke oder Mühlen für Wasserkraft oder stillgelegte Talsperren für die Nutzung als Pumpspeicherwerke. Ebenso gibt es in Thüringen ein hohes Potential im Forschungsbereich.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Dazu gab es verschiedenste Aktivitäten sowohl im parlamentarischen als auch im außerparlamentarischen Raum. Neben verschiedensten Anträgen, z.B. gegen die 380-KV-Leitung Altenfeld-Rettwitz, gegen Fracking in Mittelthüringen, gegen die Kürzung der Solareinspeisevergütung, waren wir auch vor Ort aktiv. Neben der erfolgreichen Rekommunalisierung des EON-Netzes, die ohne LINKE-Bürgermeister nie zustande gekommen wäre, gibt es hier zahlreiche Zusammenschlüsse zu Energiegenossenschaften, z.B. die Solargenossenschaft Viernau.

### **3. WAS HATTE ES MIT DEM RÜCKKAUF DER EON-ANTEILE DURCH DIE THÜRINGER KOMMUNEN AUF SICH UND WO LIEGEN NUN DIE HERAUSFORDERUNGEN DES NEUEN ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMENS?**

Wie bereits erwähnt zählt für uns die Energieversorgung zu einem der zentralen Eckpfeiler der Daseinsvorsorge. Und Daseinsvorsorge gehört aus prinzipiellen Gründen nicht in die Hände privater Geschäftemacher, sondern muss öffentliches und öffentlich kontrolliertes Eigentum sein.

Es ist auch unstrittig: die Förderung der erneuerbaren Energien setzt auch eine völlig neue Netzphilosophie voraus! Die Energieerzeugung erfolgt zukünftig dezentral weitestgehend da, wo die Energie benötigt wird. Das jetzige vorhandene Stromnetz muss entsprechend umgebaut und angepasst werden.

In Thüringen ist der Betreiber der Höchstspannungsnetze (380 kV) die 50 Hertz-Transmission GmbH. Die übrigen Netze (220 bzw. 110 kV) waren nie komplett in privatem Besitz. Der einstige Betreiber E.ON Thüringen hatte nur einen 53-Prozent-Anteil, die übrigen 47 Prozent waren ein kommunaler Anteil (fast 800 Gemeinden). Der im letzten Jahr bewerkstelligte komplette Rückkauf ist eine so genannte rentierliche Investition, deren Amortisierung absehbar ist.

Nach diesem Schritt beginnt aber nun, die eigentliche Arbeit für das neue Unternehmen: die Organisation der nächsten Etappe: Die Organisation der Deckung des Eigenbedarfs Thüringens durch Produktion erneuerbarer Energie. Dazu bedarf es jedoch flankierend einer Unterstützung durch die Landespolitik. Doch dieser wird seitens der Thüringer Landesregierung immer mehr versagt, die stattdessen nur im Wahlkampfmodus agiert und dem Land Schaden zufügt.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Die Fraktion hat sich nach der Unterstützung der Rekommunalisierung auf verschiedensten Ebenen um diese nächste Etappe gekümmert, z.B. durch die Forderung nach mehr Förderung für erneuerbare Energieprojekte, der Windkraftnutzung etc. Aktuell wurde der Fokus auf die Wichtigkeit von weiteren Unternehmen mit kommunalen Anteilen gelegt, wie Stadtwerke, aber auch die VNG, einem Gasversorger mit Sitz in Leipzig (Gas ist noch u.a. als Speichermöglichkeit einer der wichtigsten Energieträger). Hier droht die Stadt Erfurt kurzfristig – muss man sagen – die Anteile am Unternehmen zu verkaufen und dessen Abwanderung damit zu provozieren. Dabei wäre das Unternehmen für eine auf mitteldeutscher Ebene abgestimmte Energiewende außerordentlich wichtig.

### **4. WAS HAT DIE THÜRINGER LANDESREGIERUNG BISLANG GETAN UND WAS HAT SIE VERSÄUMT?**

Die Thüringer Landesregierung und vor allem die CDU hat das Thema Energiewende erst entdeckt, als mit dem Gau in Fukushima erstmals die Gefahren deutlich wurden. Und dennoch wird bis heute vieles blockiert oder aus wahlkampfaktischen Gründen benutzt. Dazu einige Beispiele.

Schon in der Regierung fängt es an, da leisten sich sowohl der Wirtschaftsminister (SPD), als auch der Umweltminister (CDU) eigene mit Energiefragen befasste Agenturen. Und beide Amtsinhaber wachen eifersüchtig darauf, dass jeder „sein Ding“ macht. Von der so genannten Chefsache der Ministerpräsidentin weit und breit nichts zu sehen.

Der Fördertitel beim Wirtschaftsministerium reicht nicht mal aus, um den Bedarf zu decken, zudem erschrickt so mancher Interessent auch vor dem undurchsichtigen bürokratischen Aufwand.

In Thüringen gäbe es mehr Möglichkeiten Windkraftanlagen zu errichten, die den meisten und schnellsten Zuwachs an erneuerbaren Energien gewähren könnten. Dabei geht es nicht um den Zubau der Landschaft, sensible Natur- und Kulturgebietsbelange sollen natürlich geschützt bleiben. Aber der CDU-Landwirtschaftsminister will ja nicht einmal geeignete, unbedenkliche Flächen ausweisen. Und wir reden dabei von einer Fläche, die deutlich unter 2 % der ganzen Landes liegt.

Und bei der Rekommunalisierung des EON-Netzes musste man die Koalitionsparteien auch zum Jagen tragen, nur Zähne knirschend fand das Vorhaben Akzeptanz.

Größte Volte legte die Regierung aber jüngst bei einer neuen, in Ostthüringen geplanten 380-KV-Leitung hin. Bei der unnötigen, bereits im Bau befindlichen 380-KV-Leitung quer durch den Thüringer Wald ignorierte man den Protest tausender Thüringer, die darauf hinwiesen, dass die Leitung nur zum Transport von Braunkohlestrom diene und nicht erneuerbaren Energien. Jetzt bei der neuen Ostthüringer Leitung lehnt die CDU die Leitung ab, weil – man höre und staune - „sie nur zum Transport von Braunkohlestrom diene und nicht erneuerbaren Energien“. Und setzte dann noch einen drauf: die soll nur in Sachsen gebaut werden, sollen die Nachbarn doch damit sehen, wie sie fertig werden. Es hat natürlich nichts damit zu tun, dass die neue Leitung zu nah an den Privathäusern hochrangiger CDU-Politiker entlang gebaut werden soll.

Anstatt im Bundesrat den ganzen Irrsinn der Stromleitungen quer durch Deutschland zu stoppen, Alternativen vorzulegen springt man nun schnell aus Wahlkampfgründen auf eine sich bildende Bürgerinitiative bei.

Gleiches geschieht momentan bei der Bürgerinitiative gegen ein geplantes Pumpspeicherwerk bei Tambach-Dietharz. Anstatt nach konstruktiven Lösungen zu suchen und auch nur auf die vom Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE Bodo Ramelow geforderte Moderierung durch das Wirtschaftsministerium einzugehen (die ungelöste Speicherfrage ist eines der zentralsten Problem der Energiewende) versucht, man nur billig auf Stimmenfang zu gehen.

Die Politik der Thüringer Landesregierung hat auf diesem Gebiet sträflich viele Dinge liegen gelassen.

Thüringen könnte deutlich weiter sein!

Das schadet dem Land, den Menschen und der Natur!

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Auf den Internetseiten sind die vielfältigen Reaktionen, Gegenvorschläge, aber auch die Unterstützungen der Menschen vor Ort und ihrer Belange dokumentiert. Diese Unterstützung wird es auch weiterhin geben.

## **5. STROMPREISE – WO LIEGT DAS EIGENTLICHE PROBLEM?**

Es ist paradox an der Leipziger Strombörse ist Strom so billig wie noch nie zu haben, dennoch steigt der Preis für den Verbraucher immer weiter. Die Stromproduktion ist immer produktiver und effizienter, das sorgt für sinkende Kosten. Und warum hat der Verbraucher davon nichts? Zunächst die Fakten: Der Strompreis setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Für das Jahr 2014 gilt folgende Zusammensetzung: 23,86 % Energieerzeugung und Vertrieb, 23,17 % Netzkosten, 21,71 % EEG-Umlage, 15,97 % Mehrwertsteuer, 7,13 % Stromsteuer, 6,33 % Konzessionsabgabe sowie KWK-, Offshore-, §19-Umlage und der Umlage für abschaltbare Lasten.

Unterm Strich wird deutlich einer der größten Preistreiber ist unter anderem der Staat. Mit der Politik der Bundesregierung und aktuell deuten die jüngsten Regelungen zum EEG darauf hin, dass Profite der Unternehmen – durch Subventionen, Befreiung von Kosten – besser gestellt bleiben und der Verbraucher erneut dafür zu Kasse gebeten wird.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Die Fraktion hat keinen direkten Einfluss auf die Steuerpolitik der Bundesregierung. Dennoch wurde u.a. über so genannte Bundesratsinitiativen – Thüringen ist ja durch die Landesregierung Mitglied im Bundesrat – versucht, die Landesregierung zu beauftragen, Korrekturen vorzunehmen. Doch alle Initiativen scheiterten an der Mehrheit von CDU und SPD.

## **6. DAS ERNEUERBARE ENERGIEN GESETZ - KURZ EEG – IST IN DER KRITIK ALS PREISTREIBER, STIMMT DAS?**

Ja und nein. Nein weil, die ursprüngliche Intention mittels EEG den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen, nach vor richtig ist. Noch immer muss eine saubere Zukunftstechnologie gefördert werden (Atom- und Kohle werden bis heute subventioniert, dorthin sind dreistellige Milliardensummen seit den fünfziger Jahren geflossen). Leider haben die vielen Novellen des EEG unter CDU/CSU-FDP und wieder jetzt unter CDU/CSU-SPD den einstigen Charakter des Gesetzes entstellt und ja, z.T. erst zum Preistreiber für den Verbraucher gemacht.

Am Anfang müsste nach wie vor die Forderung der LINKEN stehen, umweltfreundliche Stromproduktion (erneuerbare Energie) müssen steuerlich entlastet und umweltbelastende Stromproduktion (Atom, Kohle) müssten stärker belastet werden. Fakt ist: das Gegenteil ist der Fall.

Zu dem können sich stromintensive Unternehmen (Stahl- oder Glasproduktion) von der EEG-Umlagezahlung befreien lassen. Wenn es so wäre, schön. Aber warum hatte dann das „stromintensive“ Thüringer Innenministerium einen ebensolchen Antrag gestellt? Die Regelung wurde ad absurdum geführt.

Die neue, aktuelle „Energiewende“ der Bundesregierung soll allein die Interessen von Teilen der Industrie und der fossilen Energiewirtschaft wahren, aber nicht die der Menschen und der Umwelt.

Vom Agieren einer Thüringer Landesregierung für verbraucherfreundliche Regelungen vernahm dagegen kein Mensch ein Wort.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Mehrfach hat die Fraktion die Regierung zum Handeln aufgefordert, doch hier scheiterte sie erneut an der Regierungsmehrheit.

Unsere Bundestagsfraktion hat heftigst dagegen votiert: Eckpunkte der EEG-Rform aus LINKER Sicht wären gewesen: keine unberechtigten Industrie-Rabatte, einheitliche Netzentgelte bundesweit (Wind- und Solarparks erhöhen die Netzentgelte im Osten und im Norden), besondere Förderung der erneuerbaren Energien wieder herstellen, konsequente Beteiligung der Akteure (Energiegenossenschaften) und intelligente und demokratische Planung von Ökostromanlagen und Übertragungsnetzen.

Mit diesen Vorschlägen würde sich der Strompreis um ca. 5,3 Cent pro Kilowattstunde reduzieren, eine durchschnittliche Familie damit 185 Euro im Jahr an Stromkosten sparen – und das alles ohne die Energiewende zu gefährden.

## **7. BRAUCHEN WIR IN DEUTSCHLAND UND SPEZIELL IN THÜRINGEN NEUE STROMTRASSEN, BRAUCHEN WIR DIE ERDGASFÖRDERMETHODE „FRACKING“ UND WAS IST MIT GEOTHERMIE?**

Die DENA-Studien, die den angeblichen Stromleitungsbedarf nachweisen sollen und auf die sich alle Planungen berufen, sind äußerst kritisch zu sehen, denn sie werden von den Stromkonzernen mitfinanziert. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Zudem leuchten die Pläne auch nicht ein, z.B. erzeugt Schleswig-Holstein sechsmal so viel Windstrom wie es selbst verbraucht. Das angrenzende Hamburg versorgt sich dagegen durch aus Australien importierte Steinkohle. Der holsteinische Strom wird wiederum nach Süden geleitet. Aber Bayern beabsichtigt für sich, sich autark zu entwickeln. Wer versteht das noch?

Wie bereits gesagt, die erneuerbaren Energien brauchen eine völlig neues Netzsystem, ganz Deutschland benötigt ein neues Netzsystem.

Weder die im Bau befindliche, noch die zusätzlich für Ostthüringen geplante 380-KV-Leitung sind notwendig für den angeblichen Windstrom, der durchgeschleust werden soll, denn dann dürften in Norddeutschland nicht noch weitere Kohlekraftwerke gebaut werden. Selbst wenn Überkapazitäten vorhanden sein sollten, könnten durch Umbau und Ertüchtigung bestehender Trassen (Hochtemperaturseile, Leitungsmonitoring etc.) diese abgesichert sein oder bestehende Leitungstrassen genutzt werden, um alte Anlagen durch moderne HGÜ- Anlagen zu ersetzen.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Die Fraktion hat von Anfang an – seit 2006 – 380-KV-Leitungen abgelehnt und zahlreiche Landtagsinitiativen dazu gestartet. Sie hat seitdem aktiv die diesbezüglichen Bürgerinitiativen unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Das betrifft die im Bau befindliche Leitung, als

auch die geplante Trasse. Es muss um eine Energiewende gehen, nicht um Stromhandel an der Börse mit fossilen Energien.

Von geplanten Bohrungen nach Gasvorkommen mit der „Fracking“-Technologie in einigen Regionen Thüringens haben sicher die meisten Menschen gehört. Nicht zuletzt dank des beharrlichen Protestes von Bürgerinitiativen hat ein kanadisches Unternehmen seine Pläne vorerst aufgegeben. Aufmerksamkeit ist aber weiterhin geboten. Warum?

Die Bundesregierung kann sich nicht auf schärfere Umweltauflagen im Bergrecht einigen. Gewerkschaften machen sich zunehmend stark für das Verfahren. Neue Anträge auf Erkundung sind also nicht auszuschließen.

„Fracking“ ist äußerst riskant. In sehr tiefe Gesteinsschichten (oft mehrere Tausend Meter) werden Flüssigkeiten, die oft mit giftigen Chemikalien gemischt sind, mit hohem Druck eingebracht, um das Gestein aufzubrechen: das Grundwasser und somit Trinkwasser kann geschädigt werden, es können Erdbeben auftreten, Schadstoffe aus dem Erdinneren können freigesetzt werden, für die Flüssigkeiten gibt es keine Entsorgungsmethode, austretende Gase schädigen das Klima noch stärker als CO<sub>2</sub>.

Zahlreiche Studien über die Folgen der Technologie wurden bereits erstellt. Alle ergaben am Ende wieder neue Fragen, aber nur wenige Antworten. Auch Umweltverträglichkeitsprüfungen, die jetzt von vielen gefordert werden, reichen für einen vollständigen Schutz nicht aus. DIE LINKE ist überzeugt: „Fracking“ ist nicht beherrschbar und birgt viel mehr Risiken als Chancen für die Menschen. Für die Energiewende wird es nicht benötigt.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Schon seit 2011 arbeitet die Fraktion kontinuierlich daran, im Umweltausschuss und durch parlamentarische Anfragen Transparenz über den Stand und das Gefährdungspotential der „Fracking“-Methode generell und insbesondere in Thüringen herzustellen und die Öffentlichkeit zu informieren. Wegen fehlender wissenschaftlicher Untersuchungen hatte sie ein Moratorium zum Verzicht auf den Einsatz des „Fracking“ gefordert.

Seit Februar 2013 ist bekannt, dass am Standort Meiningen Voruntersuchungen zu einem Projekt der Tiefengeothermie durchgeführt wurden. Die Stadtwerke Meiningen standen dem Projekt positiv gegenüber, weil es sehr gut zu den vorhandenen Versorgungsstrukturen und dem strategischen Versorgungsziel 100 Prozent aus erneuerbaren Energieressourcen passen würde. Die entstehende Wärme hätte man in das Fernwärmenetz eingespeist.

Von Beginn an gab es auch kritische Stimmen, die befürchten, dass eine ähnliche Technologie wie beim „Fracking“ zur Anwendung kommen könnte. Die Projektbegleiter versicherten andererseits, dass die notwendige hydraulische Simulationsmaßnahmen ohne schädliche Additive von statten gehen würden. Vom Thüringer Wirtschaftsministerium, das das Projekt maßgeblich mit voranbrachte, wurde mitgeteilt, dass sich in Deutschland 18 Anlagen ähnlicher Art im Bau befänden, die alle heißes Tiefenwasser nutzen würden. Dies fehlt aber am Meininger Standort. Somit sollte ein völlig neues Verfahren zur Anwendung kommen, das jedoch mit viel Forschungsarbeit begleitet werden müsste.

Unter dem Slogan „Besuchen Sie Meiningen, solange es noch steht!“ bat die Bürgerinitiative im Januar dieses Jahres die Landesregierung um Prüfung des Abbruchs des Projektes. Im April 2014 berichteten Medien unter der Überschrift „Geothermie – Projekt steht vor dem Aus“ vom Antrag des Aufsichtsrates der Stadtwerke, aus dem Projekt auszusteigen. Dem folgen die Stadtwerke offenbar. Für die Linksfraktion steht fest: Energieversorgung muss nicht nur umweltfreundlich und bezahlbar, sondern auch sicher sein!

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

In Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative „Tiefe Geothermie“ wurde eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung gestellt. Deren Antwort konnte die Ängste der Anwohner, es könnte ggf. zu riskanten Begleiterscheinungen kommen, nicht beseitigen.

## **8. WIE SIEHT DIE ENTWICKLUNG NEUER SPEICHERTECHNOLOGIEN AUS?**

Wie bereits erwähnt ist der zentrale Vorteil erneuerbarer Energiequellen sie sind unerschöpflich und in allen Regionen verfügbar.

Aber es gibt eine zentrale Frage, die die Forschung trotz immensem Aufwand noch nicht überzeugend beantworten konnte: die der Speichersysteme. Das ist einer der wichtigsten Schlüssel für unsere energetische Zukunft. Wind- oder Sonnenenergie zu speichern, wenn eine oder beide gerade nicht aktiv sind, wäre von gewaltigem Vorteil. Damit könnte das von Atom- und fossilen Kraftwerksbetreibern ins Feld geführte Argument der Grundlastfähigkeit,

die Strom muss immer zur Verfügung stehen, entkräftet werden (schon heute glauben manche Experten, dass Grundlast nicht mehr nötig sei). Momentan arbeiten mit Hochdruck Forscher an verschiedensten Technologien, wie Batterien, Akkus, Druck-, Gas- und Wasserspeicher. Diese Technologiefrage zu lösen, ist eine reizvolle Aufgabe. Und Thüringen ist eines der Forschungszentren auf diesem Gebiet, vor allem an der TU Ilmenau.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

Mehrfach hat die Fraktion die Initiative gestartet, bei der Förderung auf diesem Gebiet nicht immer nur auf Mittel des Bundes zu warten. Eine solche Unterstützung würde zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und möglicherweise Thüringen zum Zentrum der Fertigung dieser Produkte machen. Doch die Regierungsmehrheit lehnte die Initiativen mit Verweis auf leere Kassen ab, fördert stattdessen lieber andere der eigenen Klientel orientierte Projekte.

## **9. BENÖTIGEN WIR EIN ZUSÄTZLICHES PUMPSPEICHERWERK IN THÜRINGEN?**

Im Energiekonzept spricht sich die Fraktion DIE LINKE auch für Speichertechnologien – wie z.B. Pumpspeicherwerke – aus. Aber auch hier gilt für uns wie bei allen anderen Maßnahmen das Gebot der Nachhaltigkeit. Und so haben wir die Verträglichkeit und den Einsatz dieser Technologie an konkrete Bedingungen geknüpft. Im Wesentlichen sind es fünf Punkte, die den Bau eines Pumpspeicherwerkes gerechtfertigt erscheinen lassen.

Unsere Ziele sind:

1. das Pumpspeicherwerk soll überwiegend durch erneuerbare Energien gespeist werden
2. es muss zur Wertschöpfung in Thüringen beitragen
3. es muss eine Anbindung an das heimische Thüringer Energienetz besitzen
4. der (leider) notwendige Eingriff in die Natur muss wegen des überwiegenden Gemeinwohls gerechtfertigt und verhältnismäßig sein
5. und der Eingriff hat die notwendige mehrheitliche Akzeptanz in der Bevölkerung (Bürgerentscheid).

6. Einladung zur Bürgerbeteiligung, Bürgergenossenschaften und Gemeindeförderung  
Unabhängig davon steht aber auch generell das Problem der Schmalwassertalsperre Tambach-Dietharz. Deren Stilllegung ist vorgesehen, also was passiert mit dem Bau? Warum kann er nicht als Thüringer Energiespeicher genutzt werden?

Auch hier anstatt gemeinsam mit allen Beteiligten nach einer Lösung zu suchen, versucht die Thüringer CDU einzig allein, die Wählerstimmen für den Oktober zu sichern. Was danach kommt, interessiert offensichtlich nicht.

Dabei wäre nicht nur Schmalwasser sondern auch andere Projekte, z.B. Saale-Kaskaden („Thüringer Meer“) oder andere von der Stilllegung bedrohte Talsperren, doch eine ernsthafte Überlegung wert, sie für die Energiespeicherung zu nutzen. Auch müsste endlich die Technik der PSW's als Batteriesystem in den Netzbetrieb integriert werden.

Hier sind übrigens die Eingriffe in die Natur schon lange, lange passiert. Und nicht zu vergessen bei den Stilllegungen werden die Rückbaukosten, da ja auch Hochwasserschutzmaßnahmen zu gewährleisten sind, immens.

Das hat die Fraktion DIE LINKE bereits getan:

In Bezug auf das in der Kritik stehende Vorhaben bei Tambach-Dietharz hat die Fraktion sich vor Ort intensiv die Situation erklären lassen, ist fester Gesprächspartner am runden Tisch aller Beteiligten und bemüht sich um eine Lösung (Brief des Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow mit Bitte um Moderierung durch das Wirtschaftsministerium mit Experten das Problem einer Lösung zuzuführen). Auch hier scheint die Regierung nicht zum Handeln bereit.

## **10. WELCHE ZENTRALEN PROJEKTE WÜRDTE EINE NEUE FRAKTION DIE LINKE NACH DER WAHL AUF DEN WEG BRINGEN, WENN SIE IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG KOMMT?**

Unser langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung Thüringens durch einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien.

Wir setzen dabei auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen und wollen diese sinnvoll einbinden. Mit unserem Vorhaben wollen wir landesweit den Bedarf, die Erzeugung und die Verteilung bzw. das Management auf solidarischer Grundlage zusammenführen. In Abhängigkeit von regionalen Gegebenheiten sollen verstärkt Eignungsräume für die Erzeugung regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen ausgewiesen werden.

Die gegebenenfalls nötigen Änderungen im Planungsrecht wollen wir zügig in Angriff nehmen, eine zentrale Energieserviceagentur etablieren und das Nebeneinander verschiedenster Zuständigkeiten in der Regierung beenden.

Wir werden die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen. Insbesondere die an den Thüringer Hochschulen bzw. im Forschungsbereich angesiedelten enormen Kompetenzen sehen wir als wesentliches Standbein für die Thüringer Energiewende.

Um die Energieoffensive zu befördern, plädieren wir für ein öffentliches Landesprogramm, das Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert. Mit diesem Programm wollen wir das bisherige Klein-Klein in der Förderpolitik beenden und zu einem Projekt zusammenführen.

Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen im Gebäudebereich sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große Bedeutung zukommt.

Auf Bundesebene und im Land wollen wir die Einführung eines Anreizsystems, welches ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert.

Wir wollen alle Energieverbraucher einbeziehen, ärmere private Haushalte entlasten, Strom- und Gassperren verbieten. Wir fordern die tabulose, kritische Überprüfung und Änderung der Regelungen zur Entlastung von Unternehmen mit hohem Strombedarf. Ausnahmegenehmigungen müssen Ausnahmen bleiben.

Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens. Der Fokus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft-Wärme-Kopplung zu richten.

Die Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung wollen wir zusammenführen. Zudem wird der ÖPNV neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.

Wir bleiben beim Nein zu im Bau befindlichen und neu geplanten 380-KV-Stromtrassen, deren Notwendigkeit nicht überzeugend nachgewiesen ist und da sie nur der Logik der Absicherung der konventionellen Kraftwerke der Strommultis folgen.

Wir sprechen uns stattdessen für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen. Hierzu werden wir einen Windenergieerlass zur Ermittlung von geeigneten Standorten initiieren.

Wir befürworten Pumpspeicherwerke, wenn die Einspeisung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien erfolgt, der Verbleib der Wertschöpfung und der Energieversorgung in Thüringen gesichert ist, eine Anbindung an das rekommunalisierte Thüringer Energienetz erfolgt und ein in jeder Hinsicht vertretbarer Eingriff in die Natur sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung gewährleistet ist.

Wir müssen das System im Ganzen denken: Stromnetze, Bahnnetze, Wärmenetze, Gasnetze – alle diese Systeme müssen als Ganzes betrachtet und gedacht werden. Selbst die gesamte Mobilität muss darin einbezogen und künstliche Abgrenzungen müssen überwunden werden. Es geht um ein intelligentes, kleinteiliges Mosaik, welches jedoch nur im Gesamtgefüge funktioniert. Gleich einem Uhrwerk muss ein Rädchen in das andere greifen.